

Executive Summary

Eirini Karamouzi

Südeuropa hat in den vergangenen fünf Jahren eine wirtschaftliche, politische und soziale Krise existentiellen Ausmasses erlebt. Ungewiss sind die Perspektiven für Griechenland, Italien, Spanien und Portugal, alles Staaten, die von der Eurokrise und dem Nachbeben des Arabischen Frühlings erschüttert sind. Die folgende Studie untersucht Südeuropas Herausforderungen, sowie das Anwendungspotenzial einer kollektiven Strategie für Südeuropa in den Bereichen Migration, maritime Sicherheit, Energie und Verteidigung.

Basierend auf verschiedenen Ansätzen zeigen die folgenden Beiträge den Bedarf nach einem stärkeren Europa auf. Gleichzeitig erkennen die Autoren, dass eine vertiefte Zusammenarbeit nur dann Erfolg verspricht, wenn eineübergreifenden, holistische Strategie angewandt wird. Zunächst müssen südeuropäische Staaten ihre Abneigung gegenüber existierenden EU-Mechanismen in den oben genannten Bereichen überwinden. Gleichzeitig müssen nordeuropäische Länder verhindern, dass die Kluft zwischen Nord- und Südeuropa weiter anwächst. Die Wichtigkeit eines prosperierenden Südeuropas für die gesamte Europäische Union muss anerkannt werden, und nördliche EU-Staaten müssen den Prozess der Selbsthilfe in Südeuropa unterstützen.

Dr. Effie Pedaliu beschreibt die politische Entwicklung Südeuropas der letzten 200 Jahre. Sie bestätigt die Annahme, die der vorliegenden Studie zu Grunde liegt, dass die momentane Krise eine weitere Phase des andauernden Prozesses der „Südeuropäisierung“ ist. Darauf aufbauend argumentiert Dr. Sarah Wolff, dass Südeuropa sich auf seine geographischen Vorteile berufend im arabischen Mittelmeerraum re-etablieren muss: Demokratisierungsprozesse sollen aktiv gefördert, neue politische Kräfte beteiligt und die weitere Integration des südlichen Europas unterstützt werden.

Professor Paul de Grauwe unterstreicht, dass Südeuropa durch die Finanzkrise in ein soziales und politisches Problem verwandelt wurde. Indem er die Grenzen der Austeritätspolitik aufzeigt, demonstriert Professor de Grauwe, dass die führenden Staaten der Eurozone eine symmetrischere makroökonomische Politik verfolgen müssen. In der Praxis bedeutet dies, dass Gläubigerstaaten einen Teil der Reformkosten tragen müssen, so etwa durch die Anregung ihrer eigenen Binnenmärkte, und durch die Verringerung der Schuldenlast Südeuropas im Gegenzug zu erfolgreichen Reformen. Professor Nuno Teixeira, Ana Pinto und Michael Codner analysieren die sicherheitspolitischen Aspekte der Finanzkrise und untersuchen die Verteidigungsbudgets sowie die maritime Sicherheitsstrategien der betroffenen Staaten. Im Zeitalter der Austerität ist das Motto „weniger ist mehr“ auf nationaler sowie auf europäischer Ebene das oberste Gebot. Des Weiteren weist Michael Codner auf die indirekte Abhängigkeit Nordeuropas von der maritimen Sicherheitsinfrastruktur des Mittelmeerraumes hin, und empfiehlt eine weitreichendere Unterstützung Südeuropas sowohl im Rahmen der EU als auch von NATO.

Christopher Coats diskutiert das Potenzial des regionalen Energiesektors – eine Einkommensquelle, die in unterschiedlichen Kreisen als mögliche Rettung Südeuropas gesehen wird. Während die geopolitischen Vorteile des Szenarios „Südeuropa als Energieproduktionsraum“ nicht zu leugnen sind, ist es unwahrscheinlich, dass der Energiesektor in absehbarer Zukunft als Haupttreiber des Wachstums in Erscheinung treten wird.

Die Wirtschaftskrise und der Arabische Frühling haben auf die Migrationspolitik im Mittelmeerraum aufmerksam gemacht. Professor Anna Triandafyllidou zeigt, dass die mediterranen EU-Staaten trotz gemeinsamer Herausforderungen ihre Kräfte nicht bündeln, um den Einwanderungsstrom zu bewältigen. Öffentliche Sparmaßnahmen macht aus der Tugend eine Not: Kooperation ist gefragt, nicht nur in Bezug auf die Sicherung der gemeinsamen Aussengrenzen, sondern auch hinsichtlich bereits eingewanderter Migranten. Die Untergrabung relevanter Gesetze und der Versuch, assimilierte Einwanderer abzuschaffen, birgt ein erhebliches wirtschaftliches und soziales Gefahrenpotenzial. Die regionale Einwanderungspolitik muss in einem verbesserten Rahmen funktionieren, der die Rechte und das Wohlbefinden von Migranten in Europa schützt.

Die Herausforderungen, die Südeuropa konfrontieren, machen dringend Maßnahmen nötig, die über das breite Spektrum der in dieser Studie hervorgehobenen Themengebieten greifen. Viele der Probleme Südeuropas sind Probleme für das gesamte Europa. Die Formulierung eines gemeinsamen Lösungsansatzes bietet die Möglichkeit, eine neue Schilderung der europäischen Vision zu formulieren – eine Vision, die das Fundament für eine nachhaltige Nord-Süd Kooperation legt. Ein solcher Ansatz ist zweifellos ein langwieriger Prozess. Allerdings birgt ebendieser Prozess das Potenzial, die Zusammenarbeit innerhalb der Eurozone sowie der Europäischen Union zu fördern und zu vertiefen, welches eine kohärentere, politisch gestärkte EU zur Folge hätte. Die nachfolgende Studie erhofft sich, hierfür den Startschuss zu geben. ■